



## DIE UKRAINE UNTER PRÄSIDENT JANUKOWYTSCH – DAS ERSTE AMTSJAHR

■ ANALYSE		
Ein Jahr nach den Präsidentschaftswahlen – quo vadis Ukraine?		2
Von Heike Dörrenbächer und Volodymyr Oliinyk, Kiew		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Umfragen zum ersten Amtsjahr Janukowytschs		6
■ ANALYSE		
Rückkehr zum Multivektoralismus? – Eine Bilanz der Außenpolitik Janukowytschs		8
Von Inna Melnykovska, Berlin/Kiel		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Umfragen zur neuen Außenpolitik		12
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 23. Februar bis zum 7. März 2011		16



## Ein Jahr nach den Präsidentschaftswahlen – quo vadis Ukraine?

Von Heike Dörrenbächer und Volodymyr Oliinyk, Kiew

### Zusammenfassung

Nach nur einem Jahr im Amt hat Präsident Janukowytsch eine ungeheure Machtfülle auf sich vereint, mit der ein Übergang zu einem autoritären Staat jederzeit möglich ist. Die Korruption wird vor allem verbal bekämpft und dieser Kampf dazu benutzt, den politischen Gegner in Schach zu halten. Die Pressefreiheit existiert eher formal und muss von den Journalisten und der Gesellschaft verteidigt werden. Der Staat ist stabil, doch wirkliche Reformen sind nicht in Sicht. Die Ukraine nähert sich immer mehr einer »imitierten Demokratie« an – einem Phänomen, das wir bereits aus Russland kennen.

### Einleitung

Am 25. Februar 2010 wurde Wiktor Janukowytsch in sein Amt als Präsident eingeführt. Genau ein Jahr später fand ein vierstündiger Fernsehfragemarathon statt, der die Verbundenheit des Machthabers mit dem Volk demonstrieren sollte. Die vorbereiteten Fragen und Antworten erinnerten an ähnliche Veranstaltungen in Russland. Die Botschaft an die Bürger lautete: »Wir hören Euch zu«. Das war auch die Botschaft der stellvertretenden Leiterin der Präsidentschaftsadministration Hanna Herman, die in der Polit-Talkshow von Sawik Schuster, in der jeden Freitagabend Politik gemacht und erklärt wird, forderte, man solle nicht ständig die Regierung kritisieren, sondern »uns helfen«, die schwierigen Probleme zu lösen.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Wie sieht die politische Bilanz nach einem Jahr aus?

Präsident Wiktor Janukowytsch wurde im zweiten Wahlgang mit 48 % der Wählerstimmen zum Präsidenten gewählt. Obwohl nur Präsidentschaftswahlen stattgefunden hatten, war sein erstes Ziel, die Regierung von Julija Tymoschenko loszuwerden. Dies erreichte er unter Verletzung der Verfassung und mit einer Änderung der parlamentarischen Geschäftsordnung. Diese legte neu fest, dass auch fraktionslose Abgeordnete eine Abgeordnetengruppe bilden können und die Mehrheit im Parlament nicht mehr ausschließlich durch eine Koalition von Fraktionen, sondern durch die Mehrheit der Abgeordneten gebildet wird. Demokratietheoretisch kann man darüber streiten, wie Mehrheiten im Parlament formiert werden sollen. Dieses Verfahren verstieß jedoch gegen die damals gültige Verfassung. Besonders prekär war die Gründung einer Abgeordnetengruppe der Fraktionslosen deshalb, weil es sich um Abgeordnete handelte, die aus den Parteien, für die sie ins Parlament gewählt worden waren, aus unterschiedlichen Gründen ausgeschlossen worden waren. Janukowytsch bildete sodann eine neue Regierungskoalition, in der seine Partei der Regionen zusammen mit dem Block Lytwyn, den Kommunisten und den bis dahin fraktionslosen Abgeordneten eine Mehrheit im Parlament hat.

### Korruption

Die Opposition wird seit Juni 2010 mit Korruptionsverfahren überzogen. Derzeit sitzen fünf ehemalige Regierungsbeamte im Gefängnis und der frühere Wirtschaftsminister Danylyschyn hat in Tschechien politisches Asyl erhalten. Julija Tymoschenko darf das Land nicht verlassen. Ein entschiedenes Vorgehen gegen Korruption ist zwar wünschenswert, es fällt aber auf, dass die Korruptionsverfahren ausschließlich frühere Mitglieder des Teams von Tymoschenko betreffen. Damit entsteht der Verdacht, dass es vor allem um die Abrechnung mit dem politischen Gegner und um eine Revanche für die erlittene Niederlage während der Orangen Revolution geht.

Auch die Verfahren selbst deuten in diese Richtung. Dem früheren Innenminister wurde zunächst die Veruntreuung von 4.000 Euro vorgeworfen. Er wurde sofort festgenommen und sitzt seit dem 26. Dezember in Untersuchungshaft.

Präsident Janukowytsch hat in mehreren Reden den Kampf gegen die Korruption zur Priorität der neuen Regierung erklärt. Die alte Regierung hatte bereits eine umfassende Antikorruptionsgesetzgebung mithilfe internationaler Organisationen wie z. B. der Venedig-Kommission und dem Europarat sowie vielen anderen Experten vorbereitet. Nach dem Regierungswechsel wurde das Inkrafttreten der Antikorruptionsgesetzgebung zunächst auf April 2010, dann auf März 2011 verschoben. Dabei wäre das entschiedene Vorgehen gegen Korruption eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Reformen in Wirtschaft und Politik. Allein, es mangelt nicht an Expertise, sondern an politischem Willen.

### Geschichtspolitik

Der frühere Präsident Wiktor Juschtschenko hatte während seiner Amtszeit ein »Institut des Nationalen Gedenkens« gegründet, das vor allem die Repressionen der Stalinzeit aufarbeiten sollte. Auch wenn das Institut öffentlich wenig in Erscheinung trat, ist schwer nachzuvollziehen, warum Janukowytsch ausgerechnet Walerij Soldatenko, ein Mitglied der Kommunistischen Partei und früheren Mitarbeiter am Institut für die Geschichte

der Kommunistischen Partei beim ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine, zum neuen Leiter ernannt hat. Es ist kaum vorstellbar, dass das Ziel des Instituts künftig die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit sein wird.

Auch der Umgang mit dem Holodomor (so die Bezeichnung der großen Hungersnot 1932/33 in der damaligen Sowjetunion, von der die Ukraine besonders hart betroffen war) wurde in der Vergangenheit politisch instrumentalisiert. Die neue Linie der Regierung ist, den Holodomor nicht mehr als Genozid zu definieren. Bildungsminister Dmytro Tabatschnyk kündigte an, den »Blödsinn« des Holodomors aus den Schulbüchern entfernen zu lassen. Experten sehen hierin einen Hinweis auf seine pro-russische Linie. Auch andere Themen, die Russland ein Dorn im Auge sind, sollen aus den Geschichtsbüchern entfernt werden: die Repressionen der 1930er Jahre, die Auseinandersetzung mit der UPA (Ukrainische Aufstandsarmee während und nach dem Zweiten Weltkrieg, die in der ukrainischen Geschichtsschreibung und -politik stark umstritten ist) und der OUN (Organisation Ukrainischer Nationalisten, deren Ziel die Unabhängigkeit der Ukraine war) sowie die Dissidentenbewegung der 1980er Jahre bis hin zur Orangen Revolution.

### Zurückdrängung des Ukrainischen

Bildungsminister Tabatschnyk hat Maßnahmen für die Zurückdrängung des Ukrainischen als Landessprache ergriffen. Bisher mussten alle Abiturienten ihre Prüfungen auf Ukrainisch ablegen und auch die Sprache selbst war Abiturfach. Somit mussten in den letzten Jahren alle Schüler, auch im Osten der Ukraine, Ukrainisch lernen. Jetzt können die Abiturienten die Examen in ihrer Regionalsprache, d. h. in erster Linie in Russisch, ablegen. Die Motivation, Ukrainisch zu lernen, sinkt damit.

Vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion lernten nur ca. 45 % der Schulkinder in ukrainischer Sprache, und an den Universitäten dominierte das Russische mit ca. 90 %. Durch die Einführung des Ukrainischen als einziger Staatssprache und die Bemühungen aller ukrainischen Präsidenten vor Janukowytsch und aller Regierungen seit 1991, das Ukrainische als Landessprache zu fördern, betrug die Zahl der Schüler, die im Schuljahr 2008/2009 in russischer Sprache unterrichtet wurden, 17,6 %, und nur noch 12 % der Studierenden lernten auf Russisch. Diese Tendenz wird sich nach der neuen Regelung wieder umdrehen.

Des Weiteren müssen künftig Filme, die in der Ukraine verkauft werden sollen, nicht mehr ukrainisch synchronisiert oder mit ukrainischen Untertiteln versehen werden. Alle russischsprachigen Filme werden dem-

entsprechend nur noch im Original gezeigt werden und auch viele ausländische Filme, die einmal für den russischen Markt synchronisiert worden sind, wird man nicht zusätzlich ins Ukrainische übersetzen.

### Reform der staatlichen Verwaltung und Wiedereinsetzung der Verfassung von 1996

Die Reform der staatlichen Verwaltung wurde in einer Nacht- und Nebelaktion und ohne öffentliche Diskussion beschlossen. Die Zahl der Ministerien wurde von 20 auf 16 reduziert. Die Anzahl der stellvertretenden Minister soll künftig von bisher bis zu zehn auf maximal drei und die Anzahl der Mitarbeiter der staatlichen Verwaltung um die Hälfte reduziert werden.

Ohne eine Reform der Zuständigkeiten, insbesondere ohne die Delegation von Entscheidungskompetenzen an die Abteilungsleiter in den Ministerien, ist eine effizientere Verwaltung nicht zu erwarten. Das typische Kennzeichen einer sowjetischen Verwaltung, so wie sie in der Ukraine bis heute zum Teil noch existiert, ist die Entscheidungskonzentration in den Händen des Ministers. Dies erklärt auch die bisherige hohe Anzahl der stellvertretenden Minister, die notwendig waren, um überhaupt Entscheidungen treffen zu können. Eine Reduktion auf die Hälfte der Beamten führt bei Beibehaltung der gleichen Arbeitsweise und Hierarchie absehbar dazu, dass Entscheidungen noch länger dauern und die Zahl der stellvertretenden Minister schnell wieder auf zehn erhöht wird, so wie es in Russland nach der dortigen Verwaltungsreform geschehen ist.

Die politisch motivierte Entscheidung des Verfassungsgerichts vom 1. Oktober 2010, die ukrainische Verfassung von 1996 wieder in Kraft zu setzen, zeigt, dass das Ziel der Verwaltungs- und Verfassungsreform die Konzentration der Staatsmacht beim Präsidenten ist. Er ernennt und entlässt den Ministerpräsidenten, alle Minister und alle wichtigen Exekutivorgane ohne Zustimmung des Parlamentes (siehe Otto Luchterhandt in [Ukraine-Analysen Nr. 80, 2010](#)).

Hinzu kommt, dass die Regierung unter den Schlagworten »Stabilität« und »Konsolidierung« zusätzlich Entscheidungskompetenzen in die Präsidialadministration oder in neu gegründete, nicht demokratisch legitimierte und von der Verfassung nicht vorgesehene Gremien verlegt. Ein Beispiel hierfür ist der Oberste Justizrat, dessen Mitglied zunächst auch der Geheimdienstchef Walerij Choroschkowskij war, der seinen Posten nach massiven öffentlichen Protesten allerdings wieder abgeben musste. Der Oberste Justizrat hat die Ernennung der Richter vom Richterrat der Ukraine an sich gezogen. Das bedeutet, dass 20 Personen über die Ernennung von Richtern auf Lebenszeit oder über die Besetzung von wichtigen Gerichten entscheiden können. Weniger

wichtig als die Zahl der Mitglieder ist die Besetzung des Gremiums. Bei der Ernennung der Richter dürfen auch der Generalstaatsanwalt Wiktor Pschonka, sein Erster Stellvertreter Renat Kusmin und ein weiterer Stellvertreter, Mychajlo Gawriljuk, mitbestimmen. Es scheint sich die Tendenz abzuzeichnen, dass wichtige Gerichtsposten von Personen besetzt werden, die aus dem Umfeld der Partei der Regionen kommen. Pschonka und sein Stellvertreter Kusmin stammen beide aus Donezk und wurden von Janukowytsch ernannt. Wie Generalstaatsanwalt Pschonka sein Amt interpretiert, hat der FAZ-Korrespondent Konrad Schuller in seinem Artikel vom 11. Februar 2011 zitiert: »Als Generalstaatsanwalt gehöre ich zu dem Team, das den Auftrag hat, alle Entscheidungen des Präsidenten auszuführen.«

### Imitierte Demokratie

Demokratie wird immer mehr zur Imitation. Das Parlament wird zum Sitz der »Knopfrücker«, die im Minutentakt Gesetze verabschieden, ohne dass diese die Parlamentsausschüsse durchlaufen oder im Plenum debattiert werden. Abstimmungen erfolgen oft in Abwesenheit der Abgeordneten, wie man es häufig im Fernsehen verfolgen kann. Auch als mit angeblich 310 Stimmen, also mit verfassungsändernder Mehrheit, die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen um ein bzw. ein halbes Jahr verschoben wurden, befanden sich nachweislich Abgeordnete, deren Stimmkarten benutzt wurden, im Ausland. Der Parlamentspräsident selbst diskreditierte demokratische Verfahren, als er den Abgeordneten bei der Eröffnung des Parlaments am 1. Februar 2011 empfahl, sie mögen die Reformen der Regierung unterstützen, und »wer nicht dafür ist, soll zumindest nicht stören«. Das Parlament wird in solchen Aussagen auf die Rolle eines Zustimmungsgorgans reduziert. Eine kritische Diskussion ist unerwünscht. Kritik, so Lytwyn, sei eine »Sklavengewohnheit«.

### Pressefreiheit

Ein großer Erfolg für die Sicherung der Pressefreiheit war die Verabschiedung des Gesetzes über den »Zugang zu öffentlicher Information« am 13. Januar 2011, für dessen Umsetzung der Vorsitzende des Komitees für Presse- und Informationsfreiheit, Andrij Schewtschenko, sieben Jahre gekämpft hatte. Das Gesetz verpflichtet die staatlichen Organe zur Veröffentlichung aller öffentlichen Informationen auf ihren Webseiten, soweit sie welche haben. Der Grundsatz der Informationspflicht ist neu. Auch die bisherige Auskunftsfrist von 30 Tagen wird auf fünf Tage reduziert und gilt sowohl für Anfragen von Journalisten als auch für die Veröffentlichung von Informationen auf den entsprechenden Webseiten und auf Informationsständen in den Behörden sowie

für andere Informationsquellen. Das Gesetz erweitert auch den Kreis der Organisationen, die Auskunft erteilen müssen – so gehören nun z. B. auch die Organe der lokalen Selbstverwaltung dazu.

Dennoch ist die Pressefreiheit nicht gesichert. Die Presse- und Meinungsfreiheit wird derzeit in der Ukraine vor allem durch zwei Faktoren bedroht. Die Zeitungen und Fernsehkanäle gehören in der Regel Oligarchen, die Medien als Businessprojekte und/oder als Unterstützung ihrer Geschäfts- und politischen Interessen sehen. Da viele der Oligarchen mit der Zeit die Seiten gewechselt haben und heute die Partei der Regionen unterstützen, fordern die Medienbesitzer von ihren Chefredakteuren, die Regierung nicht zu kritisieren. Es braucht also keine staatliche Zensur, denn im vorausseilenden Gehorsam geben die Chefredakteure den Journalisten die Spielräume vor. Der zweite Faktor ist die Bedrohung durch Gerichtsverfahren, die nicht in der Ukraine, sondern vor allem in England angestrengt werden. Dort sind Journalisten und Herausgeber weniger geschützt und müssen oft hohe Entschädigungszahlungen leisten, die sie ruinieren können.

Sehr beunruhigend ist, dass Serhij Leschtschenko, ein unabhängiger Journalist, der viel über die persönliche Bereicherung Präsident Janukowytschs und dessen Familie in den ukrainischen Medien berichtet hat, eine indirekte Todesdrohung von Wjatscheslaw Pichowschek erhalten hat. In einem Artikel in der *Iswestija w Ukraine* vom 14. Februar 2011 schreibt Pichowschek, er schließe den Tod eines Journalisten wie z. B. Serhij Leschtschenkos nicht aus – so wie bei Georgi Gongadse, fügt er an. Die *Iswestija* hat sich geweigert, eine Stellungnahme des betroffenen Journalisten abzudrucken. Es ist dringend nötig, dass die ukrainische Seite bei offiziellen Besuchen auf solche Praktiken angesprochen und klar darauf hingewiesen wird, dass solche Vorfälle nicht toleriert werden können.

### Kommunalwahlen – Indikator für nationale Wahlen

Die Kommunalwahlen vom Oktober 2010 waren überschattet von erneuten Manipulationen des Wahlgesetzes. So sollten zunächst Parteien, die nicht mindestens ein Jahr vor der Wahl in allen Landesteilen registriert waren, nicht teilnehmen können. Dies betraf vor allem die Parteien von Arsenij Jazenjuk und Serhij Tihipko, die bei den Präsidentschaftswahlen beträchtliche Stimmenanteile erzielt hatten. Erst nach Protesten im Parlament und in den Medien wurde diese Beschränkung kurz vor der Wahl wieder aufgehoben. Hinzu kam, dass Parteien nun nicht mehr in Wahlblöcken antreten durften, was vor allem die Partei »Reformen und Ordnung« traf, die in der Vergangenheit nicht allein, sondern im

Wahlblock mit Julija Tymoschenko kandidiert hatte. Das dritte wichtige Element war die Veränderung des Wahlgesetzes von einem reinen Verhältniswahlrecht zu einem gemischten Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht. Die Parteien mussten ihren Wahlkampf kurzfristig anpassen. Die Partei der Regionen versuchte, die Mehrheitswahlkandidaten auf der Ebene der Bürgermeister unter Druck zu setzen und sie zu einem Parteibeitritt zu bewegen. Das alte Instrument der sogenannten »administrativen Ressourcen« spielte ebenfalls eine große Rolle bei der Behinderung der Opposition: Kandidaten wurden nicht registriert, Oppositionsparteien in den Wahlkommissionen nicht zugelassen und Staatsbedienstete unter Druck gesetzt, für die Partei der Regionen zu stimmen. Die Manipulationen gingen so weit, dass in den Gebieten Kiew, Luhansk und Lwiw statt der Partei Vaterland von Julija Tymoschenko eine andere Organisation unter dem gleichen Namen registriert wurde und die eigentliche Partei in drei Regionen, von denen sie in zweien (Kiew und Lwiw) bei früheren Wahlen die Mehrheit bekommen hatte, nicht zur Wahl zugelassen wurde.

Wenn die Regionalwahlen der Lackmустest für die nächsten Nationalwahlen 2012 waren, dann ist davon auszugehen, dass es auch 2012 zu kurzfristigen Änderungen des Wahlgesetzes kommen wird. Diese könnten darin bestehen, dass Wahlblöcke nicht mehr erlaubt sind, auf nationaler Ebene ebenfalls ein gemischtes Wahlsys-

tem oder ein reines Mehrheitswahlsystem eingeführt wird und die Besetzung der Wahlkommissionen so verändert wird, dass möglichst wenige Vertreter der Opposition die Auszählung der Stimmen verfolgen können. Auf die Einhaltung europäischer Standards bei den nächsten Wahlen sollte die Europäische Union größten Wert legen.

### Schlussbemerkung

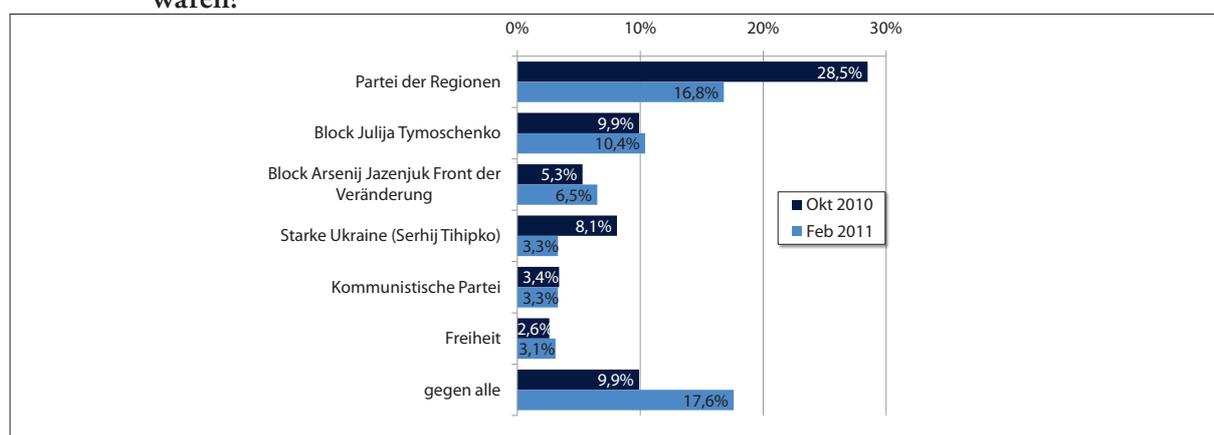
Ohne Pressefreiheit gibt es keine Kontrolle der Regierung. Die Machtkonzentration beim Präsidenten verhindert eine effiziente Verwaltung sowie wirtschaftliche und politische Reformen. Zwar gibt es heute keinen Konflikt mehr zwischen Parlament und Präsident. Gleichzeitig gibt es aber auch keinen Machtgleichgewicht zwischen den verschiedenen Interessengruppen, die sich früher in Exekutive und Legislative gegenüberstanden. Heute verfügt die Partei der Regionen und mit ihr die Oligarchen aus Donezk über die absolute Macht. Dies ist umso problematischer, als sich die Macht beim Präsidenten konzentriert und er alle wichtigen Posten im Staat besetzt. Das Parlament wird immer mehr auf ein Zustimmungsgorgan reduziert. Ähnliche Erscheinungen haben wir schon in Russland gesehen. Dies muss nicht zwingend bedeuten, dass die Ukraine tatsächlich denselben autoritären Weg wählt wie Russland. Aber die Option besteht. Die Voraussetzungen dafür sind geschaffen – nach nur einem Jahr.

#### *Über die Autoren:*

Heike Dörrenbächer arbeitet in Kiew für die Friedrich-Naumann-Stiftung als Leiterin des Projekts Ukraine und Belarus. Volodymyr Oliinyk arbeitet als Projektkoordinator bei der Friedrich-Naumann-Stiftung in Kiew.

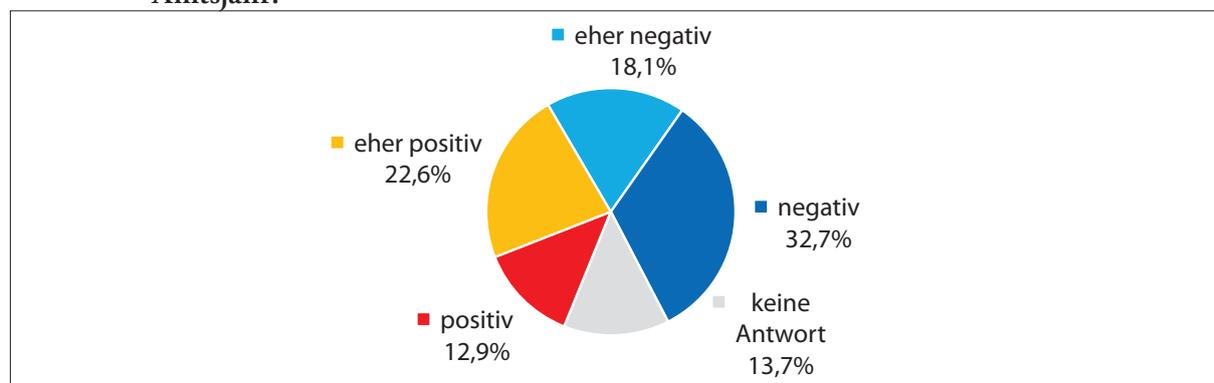
## Umfragen zum ersten Amtsjahr Janukowytchs

**Grafik 1: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Parlamentswahlen wären?**



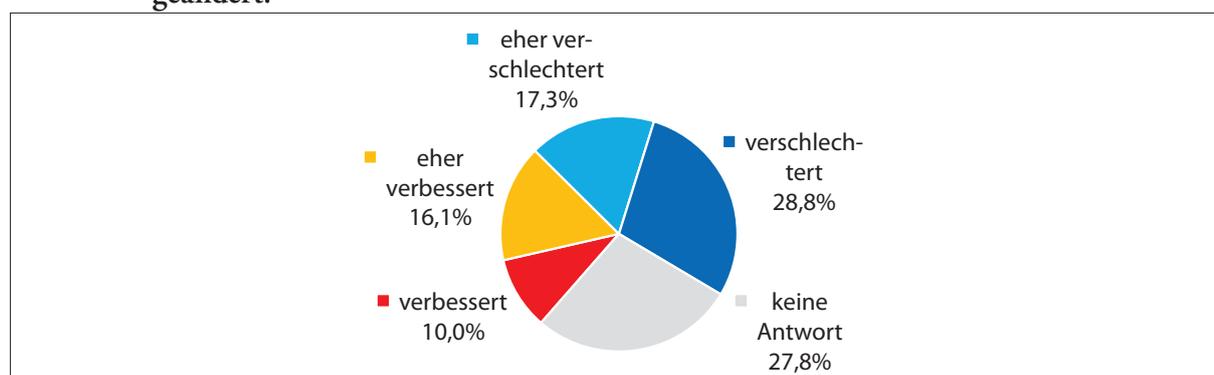
Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie, <http://kiis.com.ua/ua/news/view-40.html>

**Grafik 2: Wie bewerten Sie insgesamt die Tätigkeit Wiktor Janukowytchs in seinem ersten Amtsjahr?**



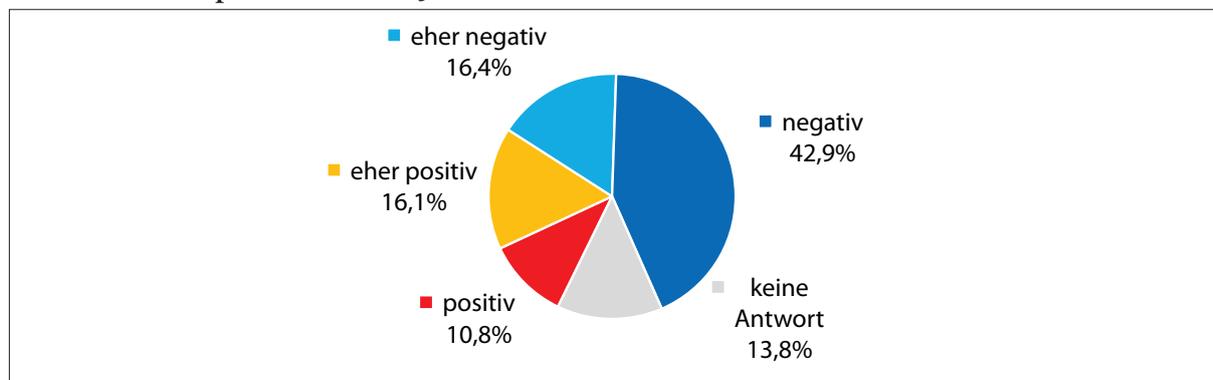
Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 14. bis 23.2.2011, [http://www.kipu.org.ua/Komment/2011.02/k\\_24\\_02\\_II.html](http://www.kipu.org.ua/Komment/2011.02/k_24_02_II.html)

**Grafik 3: Wie hat sich Ihre Einstellung zu Wiktor Janukowytch in seinem ersten Amtsjahr geändert?**



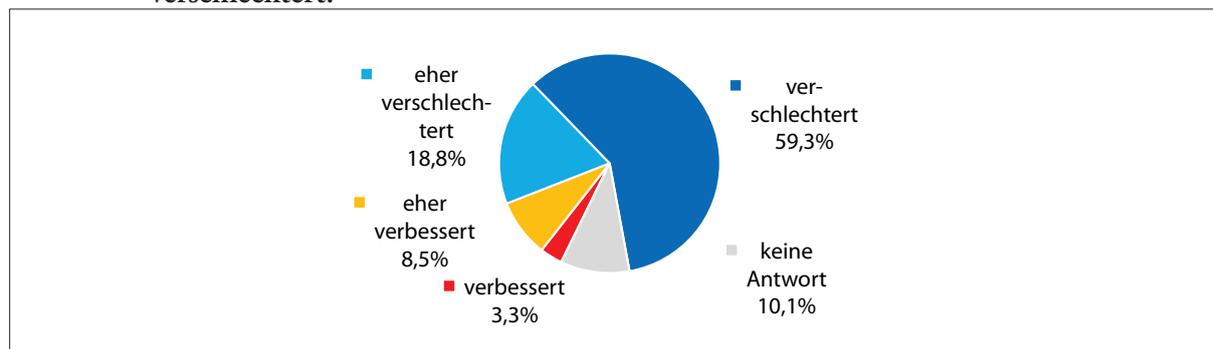
Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 14. bis 23.2.2011, [http://www.kipu.org.ua/Komment/2011.02/k\\_24\\_02\\_II.html](http://www.kipu.org.ua/Komment/2011.02/k_24_02_II.html)

**Grafik 4: Wie bewerten Sie die Tätigkeit der ukrainischen Regierung mit Mykola Asarow an der Spitze im letzten Jahr?**



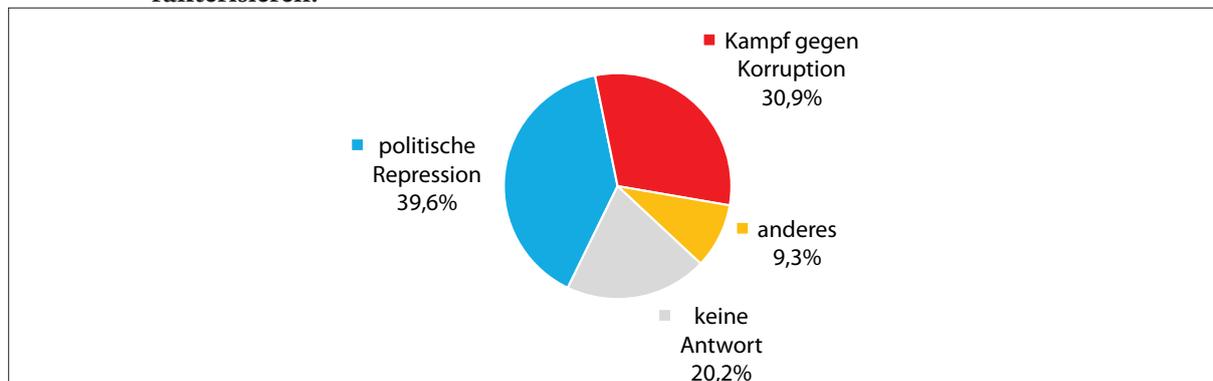
Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 14. bis 23.2.2011, [http://www.kipu.org.ua/Komment/2011.02/k\\_24\\_02\\_II.html](http://www.kipu.org.ua/Komment/2011.02/k_24_02_II.html)

**Grafik 5: Hat sich die wirtschaftliche Situation in der Ukraine im letzten Jahr verbessert oder verschlechtert?**



Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 14. bis 23.2.2011, [http://www.kipu.org.ua/Komment/2011.02/k\\_24\\_02\\_II.html](http://www.kipu.org.ua/Komment/2011.02/k_24_02_II.html)

**Grafik 6: Wie würden Sie die Verhaftungen und Verhöre von Vertretern der Opposition charakterisieren?**



Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 14. bis 23.2.2011, [http://www.kipu.org.ua/Komment/2011.02/k\\_24\\_02\\_II.html](http://www.kipu.org.ua/Komment/2011.02/k_24_02_II.html)

## Rückkehr zum Multivektoralismus? – Eine Bilanz der Außenpolitik Janukowytschs

Von Inna Melnykovska, Berlin/Kiel

### Zusammenfassung

Die Debatten über die Außenpolitik des Präsidenten Janukowytsch sind stark mit den Debatten über die Innenpolitik verknüpft und normativ geprägt. Beobachter erwarten eine Korrelation zwischen der Annäherung an Russland und einem Anwachsen der autoritären Tendenzen in der ukrainischen Innenpolitik; für Erfolge in der Kooperation mit der EU wird hingegen Demokratie vorausgesetzt. Die Bilanz der einjährigen Amtszeit Janukowytschs zeigt, dass es in den beiden wichtigsten Bereichen der Außenpolitik – Zusammenarbeit mit der EU und mit Russland – Kooperationserfolge, aber auch Konflikte zu verzeichnen gibt. Auf den ersten Blick ähnelt die Außenpolitik Janukowytschs der multivektoralen Außenpolitik des ehemaligen Präsidenten Leonid Kutschma. Auf den zweiten Blick wird jedoch deutlich, dass sie im Gegensatz zur Politik Kutschmas nicht primär darauf ausgerichtet ist, die Einflüsse der beiden genannten externen Akteure gegeneinander auszuspielen. Ziel ist die Konsolidierung der präsidentiellen Macht im Inneren sowie der Legitimität des Präsidenten und seiner Partei der Regionen in den Elitekreisen und in der Bevölkerung.

### Einleitung

Am 25. Februar 2011 feierte Wiktor Janukowytsch sein einjähriges Jubiläum im Präsidentenamt. Mit seiner Politik hat er vielfältige Debatten über die Zukunft der Ukraine angestoßen – sowohl im Inland als auch im Ausland. Einerseits schauen die Beobachter nun besorgt auf die undemokratischen Methoden des Präsidenten und der Regierung von Ministerpräsident Mykola Asarow sowie auf die Geschwindigkeit, mit der sie die Errungenschaften der Orangen Revolution zunichtemachen. Die aus rechtlicher Sicht fragwürdige Bildung der Parlamentskoalition, die Verletzung der Verfassungsnormen bei der Rückkehr zur Verfassung von 1996, der massive Druck auf das Gerichtswesen und die Universitäten, die Einschränkung der Pressefreiheit, das Einsetzen des Geheimdienstes gegen Oppositionelle und NGOs, die Verstöße und Einschränkungen bei den Kommunalwahlen etc. deuten auf autoritäre Tendenzen hin. Folglich stufte Freedom House die Ukraine auf die Kategorie »partly unfree« herab. Andererseits hoffen einige Beobachter, dass die Machtkonsolidierung und politische Stabilität, auch wenn sie mit unrechtmäßigen Mitteln erzielt wurden, zu dringend notwendigen Reformen in dem unter der Finanzkrise leidenden Land führen werden.

Neben der Abkehr von der Demokratie und dem Entstehen autoritärer Tendenzen in der Innenpolitik wird auch die Rückkehr zur multivektoralen Außenpolitik aus den beiden Amtszeiten Leonid Kutschmas diskutiert, wobei es hier primär um zwei Vektoren geht (die EU bzw. die NATO und Russland). Eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland unter Janukowytsch war zwar allseits erwartet worden, jedoch erweckten die ersten Schritte des Präsidenten und der Regierung den

Eindruck, dass die Ukraine nun in den Einflussbereich Russlands zurückkehrt und sich möglicherweise zu dessen Satelliten entwickelt.

Die Debatten über die Innen- und Außenpolitik sind hier stark miteinander verknüpft. Im Allgemeinen wird die Annäherung an Russland mit dem Einzug autoritärer Tendenzen in Verbindung gebracht, eine erfolgreiche Kooperation mit der EU jedoch mit einer starken Demokratie.

Drei Fragen sollen im Folgenden beantwortet werden:

- Welche Kooperationserfolge und welche Konflikte kennzeichnen die Beziehungen der Ukraine zu Russland einerseits und zur EU andererseits?
- Welche Faktoren sind für die Ausrichtung der Außenpolitik Janukowytschs ursächlich?
- Welche Ziele dürfte er bisher mit seiner Außenpolitik verfolgt haben?

### Ukraine-EU: Selektive Europäisierung

Nach ambivalenten Aussagen zur zukünftigen Außenpolitik während des Wahlkampfes (siehe Wilfried Jilge, *Ukraine-Analysen Nr. 70, 2010*) formulierte Janukowytsch in den ersten Tagen im Amt eindeutig seine außenpolitischen Ziele: Er wolle zwar keinen NATO-Betritt und befürworte die Rückkehr zur außenpolitischen Neutralität der Ukraine, halte aber grundsätzlich an der EU-Integration fest.

Die realen Aktivitäten des neuen Präsidenten deuten jedoch darauf hin, dass eine langfristige Annäherung an die EU nicht auf seiner Agenda steht. Im Unterschied zum vorherigen Präsidenten und den orangenen Regierungen konzentriert sich Janukowytsch auf kurzfristig erreichbare Ziele (Freihandelszone mit der EU, Visafreiheit und Assoziierungsabkommen). Europäisiert wird

nur dann, wenn kurzfristige und klar definierte Anreize geboten werden, und nur da, wo die EU-Forderungen sowie die Übernahme der EU-Standards und teilweise des *acquis communautaire* die Macht des Präsidenten nicht untergraben.

In der Tat zeigt der zivilgesellschaftliche Monitoring-Bericht zur Implementierung der Reformprioritäten der EU-Ukraine-Assoziierungsagenda, der von verschiedenen ukrainischen Wissenschaftszentren gemeinsam erstellt wird, dass die ukrainische Führung den Reformen in den Bereichen Handel und Energie Priorität einräumt. Auch im Bereich Grenz- und Migrationsmanagement wurden Gesetze verabschiedet und ein staatlicher Migrationsdienst geschaffen; mit diesen Maßnahmen nähert sich die Ukraine europäischen Standards an. Die Forderungen bezüglich des politischen Dialogs bleiben dagegen weitgehend unerfüllt. Defizite gibt es insbesondere bei der Einhaltung der Menschenrechte und der fundamentalen Freiheiten sowie bei der transparenten Gestaltung der Tätigkeiten von Regierung und staatlichen Behörden. Kritisiert werden in diesem Zusammenhang das neue Gesetz über die Kommunalwahlen und die Verfolgung von Menschenrechtsaktivisten.

### *Freihandelsabkommen*

Die pragmatische Strategie der neuen Führung wurde auch bei den Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen deutlich. Die ukrainische Seite forderte den freien Zugang für ukrainische Produkte zu den Stahl- und Agrarmärkten der EU, die jedoch von der EU protektioniert werden. Die EU forderte ihrerseits neben dem Abbau der Handelsbarrieren für EU-Produkte die Übernahme von Teilen des *acquis communautaire*. Dieser sollte somit auch auf dem ukrainischen Binnenmarkt gelten. Der verbesserte Marktzugang, den die EU dafür langfristig anbot, war jedoch nicht Anreiz genug. Die Kosten der *acquis*-Übernahme sind für die von der Finanzkrise stark getroffene Ukraine kaum tragbar. Darüber hinaus profitieren einige regierungsnahen Oligarchen von der Intransparenz und dem Protektionismus in der Handelspolitik und sind mit den gegenwärtigen Einfuhrquoten (z. B. für Stahlprodukte) für die EU-Märkte durchaus zufrieden.

Die geringe Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten führte die Verhandlungen in eine Sackgasse, sodass die EU-Kommission im September 2010 mit dem endgültigen Abbruch der Gespräche drohte. Infolgedessen rückte die ukrainische Seite von der Idee einer ausgedehnten und umfassenden Freihandelszone ab und erarbeitete einen neuen Vorschlag, nach dem die Freihandelszone nun Schritt für Schritt erweitert werden soll. Zuerst soll ein sogenanntes Basis-Freihandelsabkommen für Produkte kreiert werden, für die bereits eine Ein-

igung erzielt worden ist, und auch der *acquis* soll nur in den handelsrelevanten Bereichen übernommen werden; die anderen Produkte und Bereiche sollen dazukommen, sobald die Streitigkeiten beigelegt sind. Bisher hat die EU noch nicht auf diesen Vorschlag reagiert.

### *Visapflicht*

Dennoch gab es auf dem letzten EU-Ukraine-Gipfel im November 2010 auch einen Erfolg für die ukrainische Führung zu verzeichnen. Es wurde ein Aktionsplan zur Abschaffung der Visapflicht verabschiedet, wobei die EU ihre Entscheidung vor allem von technischen und administrativen Reformen abhängig macht: Einführung biometrischer Reisepässe und zuverlässige Kontrollen bei der Ausstellung solcher Pässe. Die Abschaffung der Visapflicht könnte einerseits die Unterstützung für Janukowytsch in der ukrainischen Bevölkerung, die seit den sozialen Reformen im vergangenen Jahr stark zurückgegangen ist, beleben und damit auch die autoritären Tendenzen in der Ukraine »belohnen«. Andererseits wird das Weiterbestehen der Visapflicht die Anzahl der EU-Befürworter in der ukrainischen Gesellschaft Tag für Tag weiter schwinden lassen.

### *Beziehungsmechanismen*

Die EU verzeichnet zwar einen Rückgang der Demokratie in der Ukraine, kann jedoch kaum eine wirksame Politik dagegensetzen. Beim letzten EU-Ukraine-Gipfel wies sie darauf hin, dass der Stand der Demokratie und der Reformen in der Ukraine die Beziehungen zwischen Kiew und Brüssel in der Zukunft bestimmen wird. Es fehlen der EU jedoch die Anreize und Sanktionsmechanismen, mit denen sie die Erfüllung der demokratischen Forderungen kontrollieren kann. Die neue ukrainische Führung ist sich der diesbezüglichen Schwäche der EU bewusst und so gibt es keinen Grund, von undemokratischen Mitteln Abstand zu nehmen. Die ukrainische Regierung führte z. B. auch Verhandlungen mit Russland über das parallele Betreiben eines elektrischen Energiesystems und ist damit bereit, die Verpflichtungen, die sie der EU gegenüber im Rahmen der Europäischen Energiegemeinschaft angenommen hat, zu verletzen. Nachdem sich die EU für Sanktionen gegenüber Belarus ausgesprochen hatte, verkündete das ukrainische Energieministerium, die Ukraine werde Öllieferungen nach Belarus aufnehmen.

Die gegenwärtigen Mechanismen der EU im Rahmen der Nachbarschaftspolitik und der Ostpartnerschaft sind auf sich demokratisierende und an der EU-Beitrittsperspektive stark interessierte Länder ausgerichtet. Für semi-autoritäre Regime jedoch, in denen sich die Elite nur für kurzfristige Ziele interessiert, die nicht zu »teuer« sein dürfen, sind sie nicht geeignet.

## Ukraine-Russland: Wiederaufnahme der konfrontativen Kooperation

Das erste Präsidentschaftsjahr Janukowytschs ist durch zwei Neuerungen in den Beziehungen zu Russland gekennzeichnet. Erstens spielen Meinungsverschiedenheiten zwischen Präsident und Ministerpräsident in der Russlandpolitik aufgrund der Konsolidierung der präsidentiellen Macht keine Rolle mehr. Diese waren für die politische Führung während und nach der Orangen Revolution charakteristisch. Die jetzige ukrainische Führung vertritt eine einheitliche, auf Kooperation ausgerichtete Position gegenüber Russland. Zweitens wird die Kooperation mit Russland nicht mehr als Gegengewicht zur Kooperation mit der EU dargestellt. Der Präsident und die Regierung halten daran fest, dass auch eine simultane Zwei-Vektoren-Kooperation möglich ist.

Die Zusammenarbeit der Ukraine mit Russland im vergangenen Jahr kann in drei Etappen unterteilt werden. Zuerst wurden die Konflikte, die in der Zeit nach der Orangen Revolution entstanden waren, gelöst. Die Ukraine erhielt einen 30 %-Rabatt auf Gaslieferungen, im Gegenzug wurde der Pachtvertrag für die Stationierung der russischen Flotte auf der Krim bis 2042 verlängert. Janukowytsch strebt eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO nicht an und plädiert für einen blockfreien Status. Auch im historisch-kulturellen Bereich sind die strittigen Erlasse des ehemaligen Präsidenten Juschtschenko für ungesetzlich erklärt und aufgehoben worden (z. B. die posthume Verleihung des Heldentitels an den Vorsitzenden der Organisation Ukrainischer Nationalisten in den 1930–1940er Jahren Stepan Bandera; in Russland wird er häufig als Kolaborateur mit Hitlerdeutschland und als Verräter der Sowjets dargestellt).

Auf die Beilegung der Konflikte folgte die Etappe der neuen Kooperationsinitiativen. Es wurde ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich Luftfahrt und die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens aus dem ukrainischen Flugzeughersteller Antonow und der russischen Staatsholding OAK (United Aircraft Corporation) unterschrieben, was für die Ukraine von großem wirtschaftlichem Vorteil ist. Die ukrainische Luftfahrtindustrie ist derzeit in der Krise, weil ihre Absatzmärkte aus Sowjetzeiten nicht stabil sind und die Versuche, sich auf den Märkten in der EU und den USA zu positionieren, fehlschlagen.

Auch im Bereich der Atomenergie wurde ein Regierungsabkommen unterschrieben. Russland stellte 2 Mrd. US-Dollar für die Konstruktion zweier Reaktoren im Atomkraftwerk Chmelnytskyj bereit. Weiterhin schlossen das ukrainische Staatsunternehmen Jaderne Palywo und das russische Unternehmen TVEL einen Vertrag, nach dem TVEL auf ukrainischem Territorium eine

Fabrik für die Produktion von nuklearem Brennstoff bauen wird; das Kontrollpaket der Aktien soll dabei in ukrainischen Händen bleiben. Als Ausgleich stoppt die Ukraine die Verhandlungen mit einem alternativen Zulieferer, der amerikanischen Westinghouse Corporation. TVEL behält sein Monopol auf die Lieferung des nuklearen Brennstoffes. Die Initiierung von Kooperationen in den Bereichen Luftfahrt und Atomenergie bedeutet jedoch nicht, dass die ukrainische Führung die Kontrolle über diese Bereiche aufzugeben gedenkt. Weitergehende Forderungen Russlands, wie eine Absorption des Antonow-Werkes oder die Schaffung eines Gemeinschaftsunternehmens, das den kompletten Nuklearzyklus umfassen würde, sind für die ukrainische Führung nicht akzeptabel. Auch die Nutzung des nuklearen Brennstoffs von Westinghouse läuft im Testverfahren weiter und lässt die Möglichkeit, das TVEL-Monopol aufzuheben.

Nach Monaten des intensiven Dialogs kam es in einer dritten Etappe zur Abkühlung auf ukrainischer Seite. Die offiziellen Visiten des russischen Ministerpräsidenten Putin und des Präsidenten Medwedjew in der zweiten Jahreshälfte brachten kaum neue Erfolge in der Zusammenarbeit. Die angedachte Verschmelzung der beiden Gasmonopolisten, Naftohas und Gazprom, geriet ins Stocken.

Die neue ukrainische Führung hat zwar laut der Beobachter im Tauschabkommen »Flotte für Gas« die langfristigen nationalen Interessen vernachlässigt. Sie ist jedoch nicht bereit, den russischen Unternehmen Anteile an ukrainischen Märkten zu überlassen und damit den partikularen Interessen der ukrainischen regierungsnahen Business-Gruppen zu schaden.

Der Kooperationsaufschwung des vergangenen Jahres schließt Konflikte in der näheren Zukunft nicht aus. Konfliktpotential birgt vor allem die Frage des Gaspreises. Die ukrainische Industrie ist energieintensiv und an niedrigen Gaspreisen im neuen Vertrag, der im Juli 2011 abgeschlossen werden soll, höchst interessiert. Die russische Seite ist zu Neuverhandlungen über die Gaspreisformel kaum bereit. Weiterhin will Janukowytsch den Status der Ukraine als ein Haupttransitland für russisches Gas nach Westeuropa hüten und fordert von Russland, die Projektierung der South Stream Pipeline zu stoppen. Die Beteiligung Russlands an der Modernisierung der ukrainischen Pipelines ist für ihn nur möglich, wenn sich auch die EU daran beteiligt oder wenn die Ukraine an der Erschließung der russischen Gasfelder auf der Halbinsel Jamal und in Astrachan beteiligt wird. Unterschiedliche Interessen werden auch beim Öltransit deutlich. Die Ukraine ist an der Eintreibung der Öltransitgebühren interessiert und hat aus den instabilen Transitvolumen der russischen Ölfirmen in den

vergangenen Jahren gelernt – im November 2010 hat sie einen Öltransitvertrag mit Belarus abgeschlossen.

Dennoch müssen diese Probleme nicht zwangsläufig in reale Konflikte münden. Kurzfristige Angebote und Kompensationen können die Kooperationsbereitschaft der ukrainischen Führung erhöhen.

### **Schlussfolgerungen: Außenpolitik mit innenpolitischen Zielen**

Die multivektorale Außenpolitik Janukowytschs unterscheidet sich von der Außenpolitik der Ära Kutschma. Sie ist nicht primär darauf ausgerichtet, die Einflüsse der beiden externen Akteure gegeneinander auszuspielen. Die Außenpolitik soll vor allem die Konsolidierung der präsidentiellen Macht im Inneren begünstigen. Es soll die Effektivität des Regierens und damit auch die Legitimität des Präsidenten gesichert werden. Dabei steht Janukowytsch – wie auch die meisten anderen post-sowjetischen Herrscher in den politischen Systemen des »competitive authoritarianism« – vor einer doppelten Herausforderung. Er ist nicht nur auf die Unterstützung seiner Politik in der Bevölkerung (Demokratie) oder in engen Elitekreisen (Autokratie) angewiesen, sondern muss seine Legitimität in beiden Gruppen wahren. Zum einen muss er die Interessen der oft rivalisierenden Business-Gruppen und Staatsfunktionäre moderieren und ausbalancieren. Zum anderen braucht er die Unterstützung in der Bevölkerung.

Die Strategie des Präsidenten ist an Wahlzyklen gebunden. Folglich vernachlässigt er in seiner Außenpolitik die langfristigen nationalen Interessen der Ukraine und konzentriert sich auf die kurzfristigen Ziele. Auf kurze Sicht kann auch der umstrittene »Flotte für Gas«-Tauschvertrag als eine erfolgreiche Strategie Janukowytschs zur Bekämpfung der Folgen der Wirtschaftskrise bewertet werden. Die 4 Mrd. US-Dollar, die

die Ukraine durch diesen Tauschvertrag jährlich einsparen dürfte, ermöglichten die Verabschiedung des Staatshaushaltes im Jahr 2010 mit einem (nur) 6 %-Defizit. Dies war wiederum die Bedingung für die Kredite des Internationalen Währungsfonds. Im Ergebnis konnte die Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Hauptindustrien – Chemie- und Metallindustrie – erhalten werden und die involvierten Business-Gruppen befinden sich heute im wirtschaftlichen Aufschwung. Auch eine Radikalisierung der pro-Russland eingestellten Bevölkerung im Süden und auf der Krim konnte verhindert werden.

Russland und die EU haben letztendlich die undemokratischen Führungsmethoden Janukowytschs begünstigt. Russland bot wirtschaftliche Anreize für die Stabilisierung der finanziellen Situation in der Ukraine. Die EU hingegen kritisierte zwar die Abkehr von demokratischen Prinzipien und die autokratischen Tendenzen in der ukrainischen Innenpolitik, Sanktionen gegenüber der ukrainischen Führung blieben dennoch aus.

### **Ausblick**

Es gibt Anzeichen dafür, dass die pragmatische Zweivektoren-Politik von Präsident Janukowytsch auch im folgenden Jahr fortgesetzt wird. Mit Blick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen im Herbst 2012 brauchen Janukowytsch und seine Partei der Regionen zur Sicherung der bestehenden Machtkonzentration kurzfristige Erfolge. Bei entsprechenden Angeboten aus Russland wird die politische Führung vermutlich bereit sein, die langfristigen strategischen Nationalinteressen zu vernachlässigen. Die EU müsste neue kurzfristige Anreize für die Kompensation der Anpassungskosten an die EU-Standards bieten und ihre Forderungen nach Demokratie mit Sanktionen untermauern.

### *Über die Autorin:*

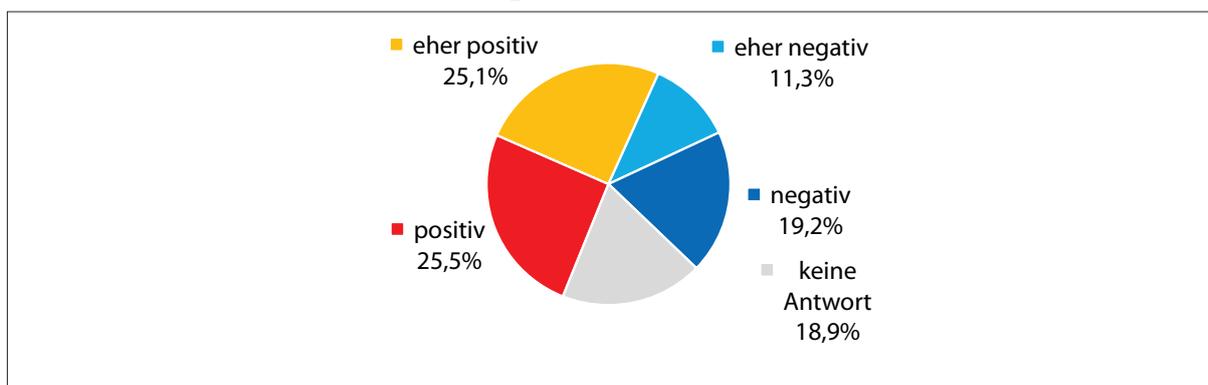
Inna Melnykovska ist Doktorandin am Otto Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften der CAU Kiel sowie am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

### *Lesetipps:*

- Gawrich, A. / I. Melnykovska / Schweickert, R. (2010): Neighbourhood Europeanization through ENP: The Case of Ukraine, in: JCMS: Journal of Common Market Studies, 48(5), pp. 1209–1235.
- Matuszak, S. (2010): Ukraine and Russia: a hindered rapprochement, OSW Commentary, 44, <http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2010-12-15/ukraine-and-russia-a-hindered-rapprochement>
- Meister, S. (2010): Die Ukraine zwischen Russland und der EU, DGAPstandpunkt, 11, <http://www.dgap.org/2010/12/15/die-ukraine-zwischen-russland-und-der-eu/>

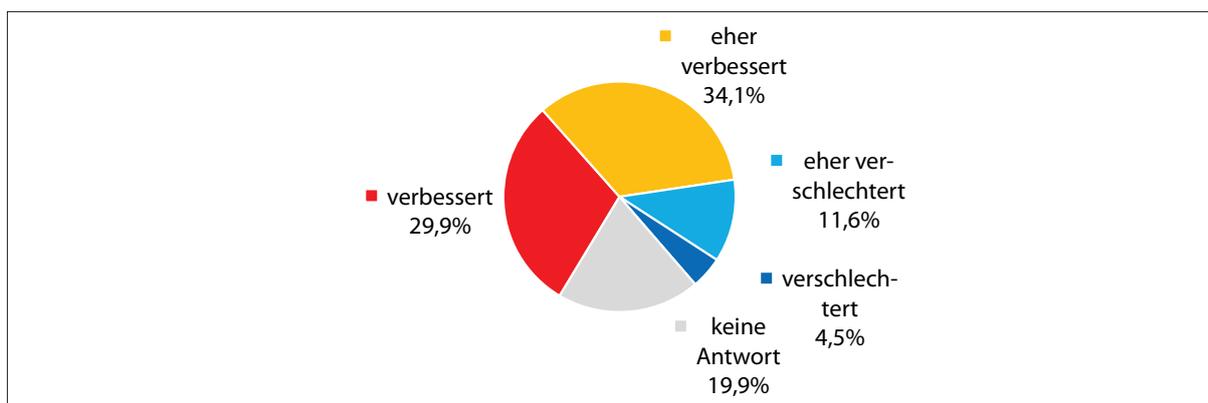
## Umfragen zur neuen Außenpolitik

Grafik 1: Wie bewerten Sie die Außenpolitik Präsident Wiktor Janukowytschs?



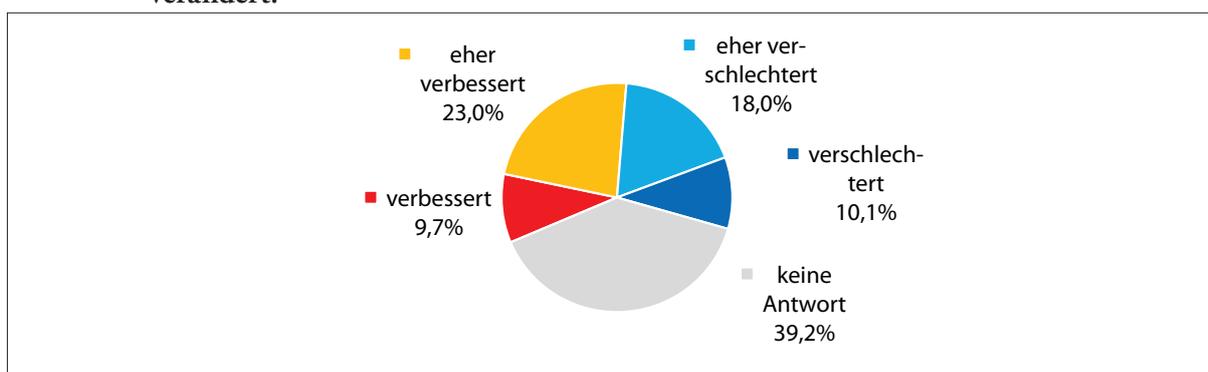
Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 14. bis 23.2.2011, [http://www.kipu.org.ua/Komment/2011.02/k\\_24\\_02\\_II.html](http://www.kipu.org.ua/Komment/2011.02/k_24_02_II.html)

Grafik 2: Wie haben sich die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine im letzten Jahr verändert?



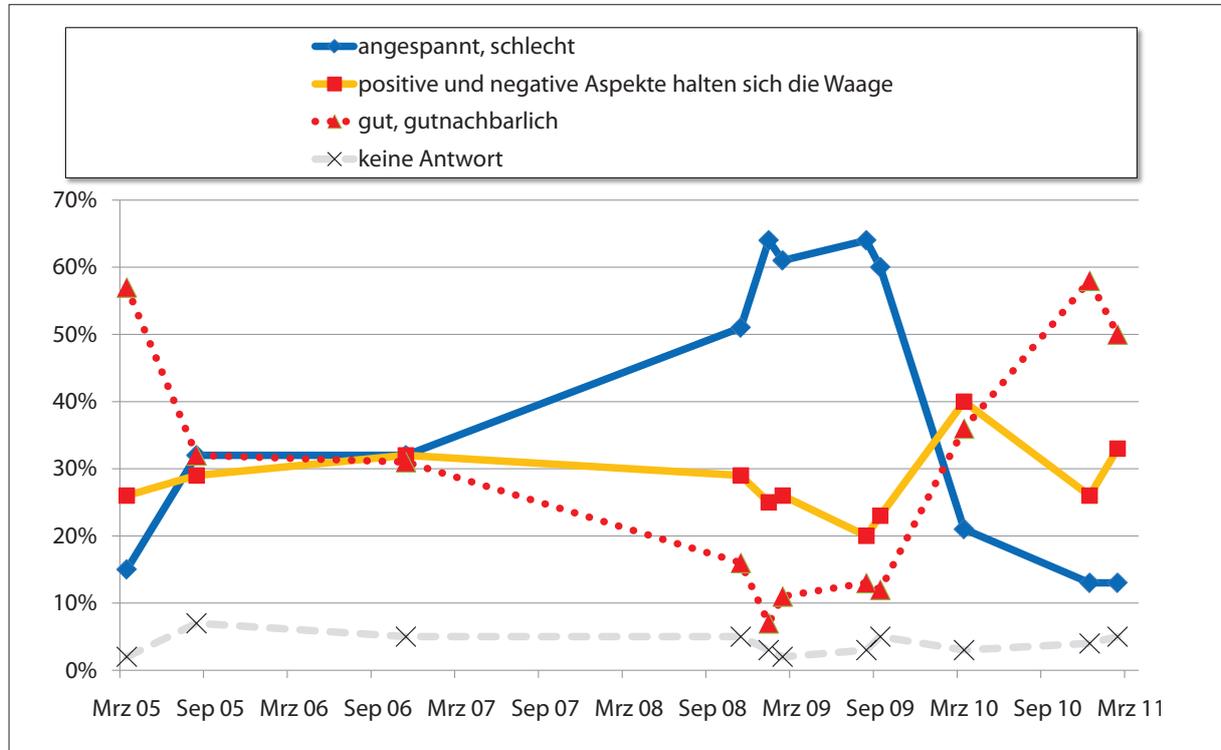
Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 14. bis 23.2.2011, [http://www.kipu.org.ua/Komment/2011.02/k\\_24\\_02\\_II.html](http://www.kipu.org.ua/Komment/2011.02/k_24_02_II.html)

Grafik 3: Wie haben sich die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine im letzten Jahr verändert?



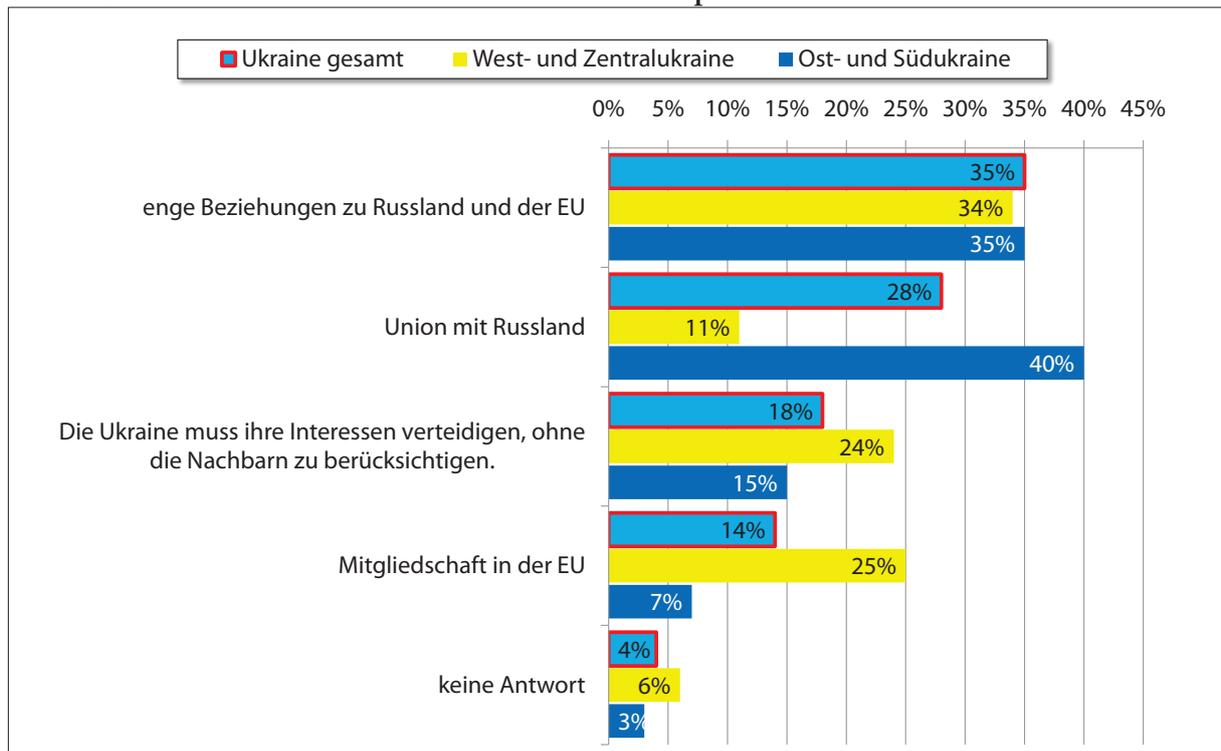
Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 14. bis 23.2.2011, [http://www.kipu.org.ua/Komment/2011.02/k\\_24\\_02\\_II.html](http://www.kipu.org.ua/Komment/2011.02/k_24_02_II.html)

Grafik 4: Wie beurteilen Sie die derzeitigen Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland?

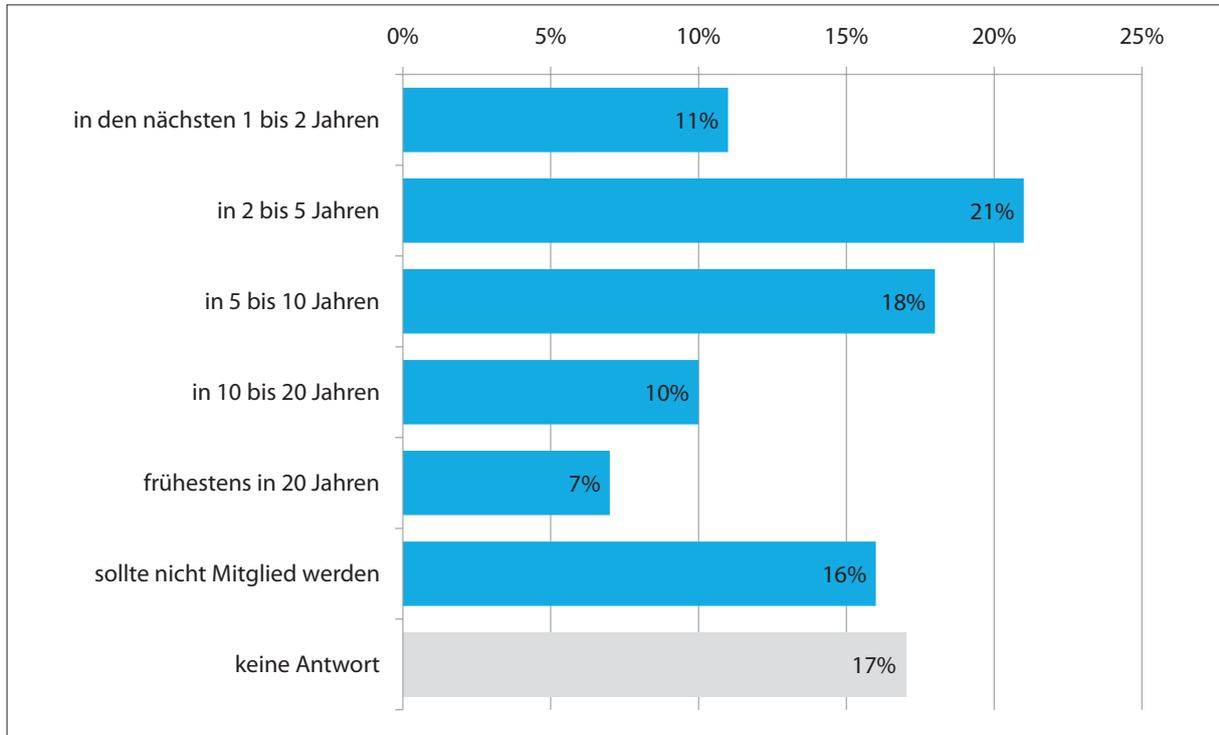


Quelle: repräsentative Umfrage der Research & Branding Group, <http://www.rb.com.ua/rus/projects/uaru/7307/>

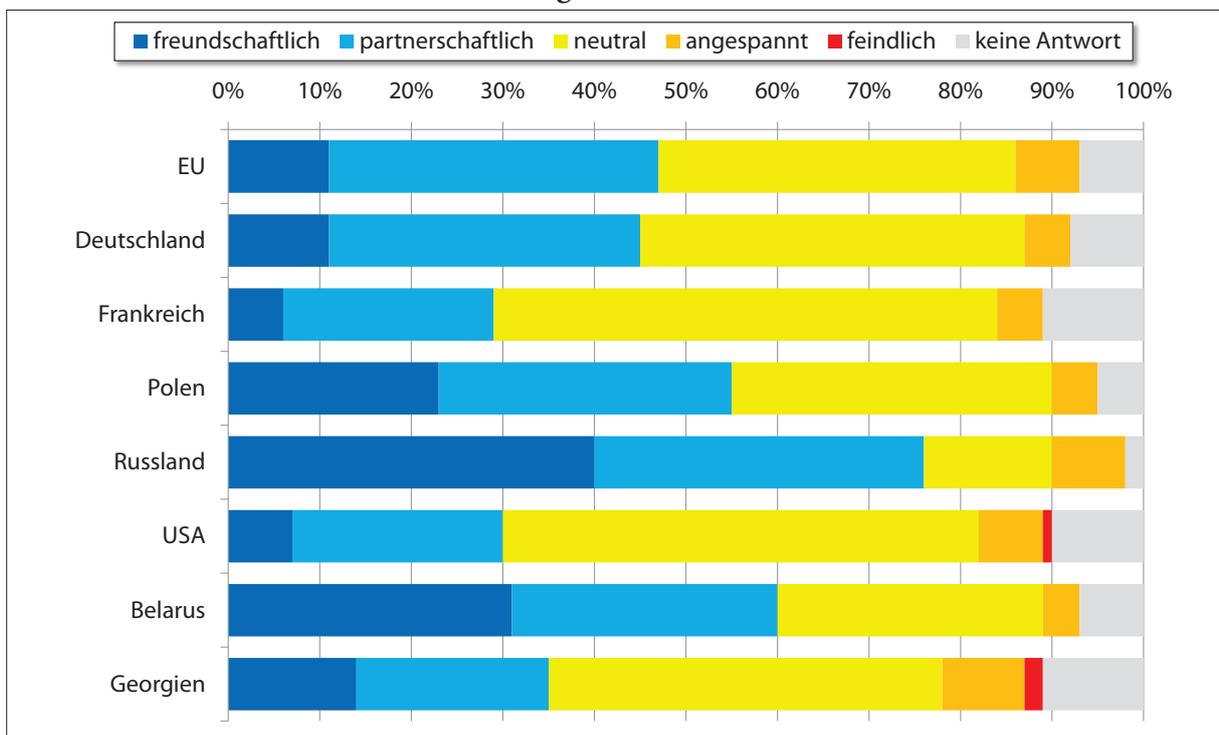
Grafik 5: Welche Position sollte die Ukraine in Europa einnehmen?



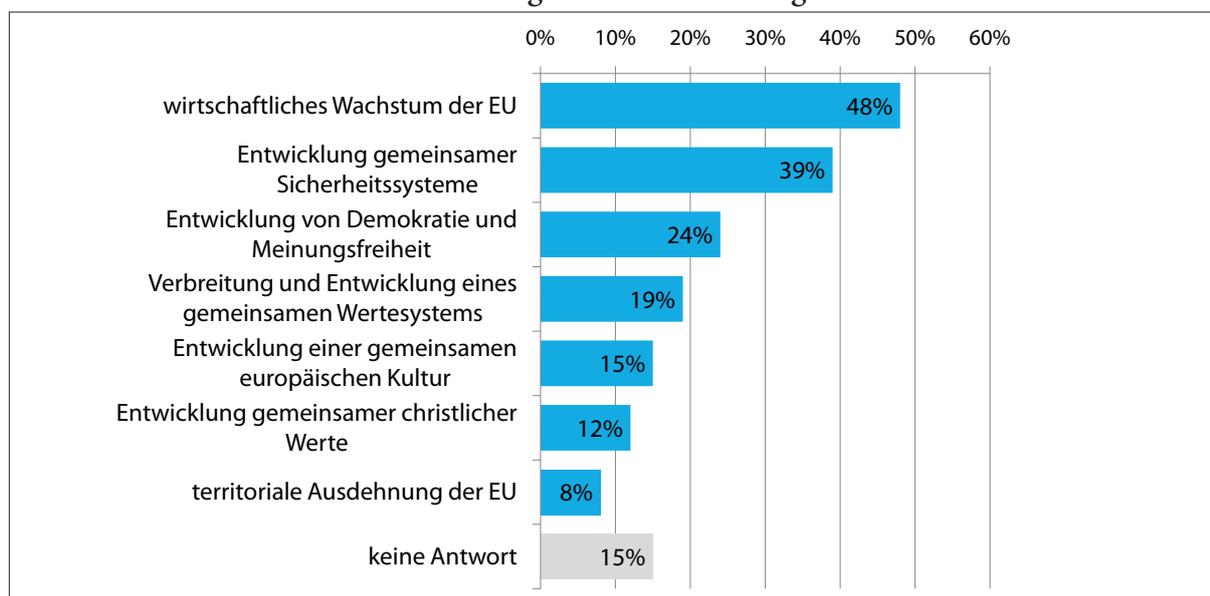
Quelle: repräsentative Umfrage des IFAK Instituts für Deutsche Welle Trends vom 9. bis 20.12.2010, <http://www.ifak.com.ua/?cat=5>

**Grafik 6: Wann sollte die Ukraine Mitglied der EU werden?**

Quelle: repräsentative Umfrage des IFAK Instituts für Deutsche Welle Trends vom 9. bis 20.12.2010, <http://www.ifak.com.ua/?cat=5>

**Grafik 7: Wie beurteilen Sie die Beziehungen der Ukraine zu/zur ...**

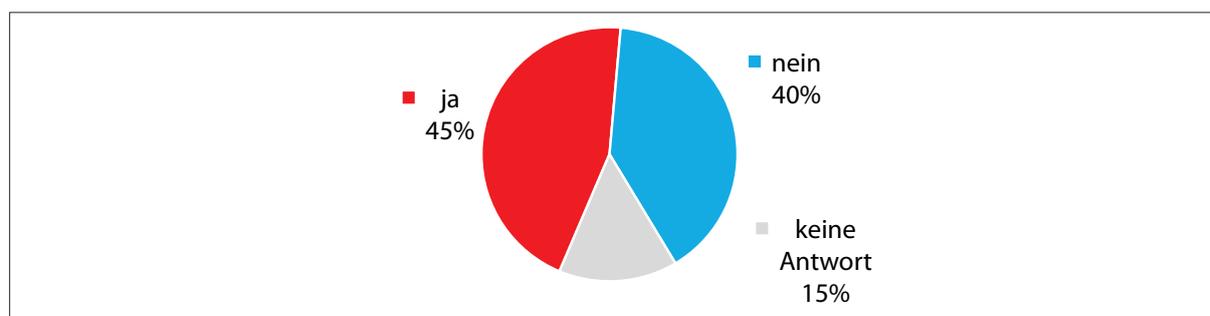
Quelle: repräsentative Umfrage des IFAK Instituts für Deutsche Welle Trends vom 9. bis 20.12.2010, <http://www.ifak.com.ua/?cat=5>

**Grafik 8: Welche EU-Werte sind wichtig für die Bevölkerung?**

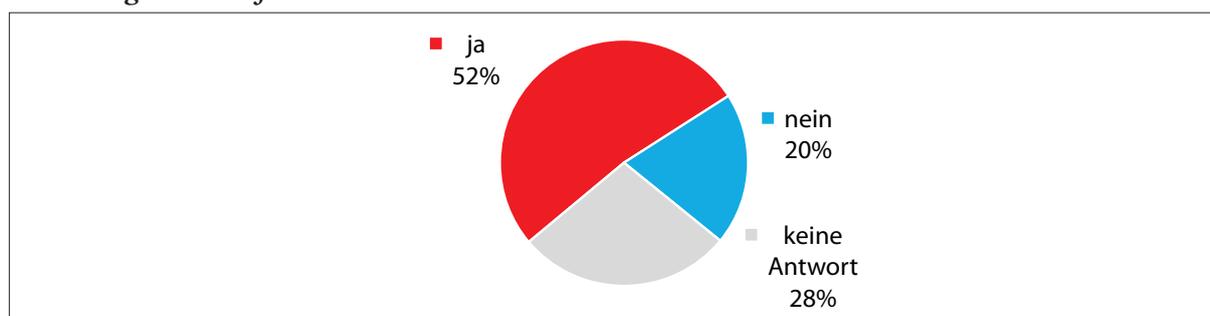
Quelle: repräsentative Umfrage des IFAK Instituts für Deutsche Welle Trends vom 9. bis 20.12.2010, <http://www.ifak.com.ua/?cat=5>

**Grafik 9: Befürworten Sie die folgenden politischen Entscheidungen (Auswahl)**

*Vereinbarung mit Russland über die Verlängerung der Stationierung der Schwarzmeerflotte auf der Krim*



*Erklärung des blockfreien Status der Ukraine*



Quelle: repräsentative Umfrage des International Organisation for Electoral Systems vom 8. bis 20.12.2010, <http://www.ifes.org/Content/Publications/Survey/2010/Transition-and-Trepidation-Public-Opinion-in-Ukraine.aspx>

## CHRONIK

## Vom 23. Februar bis zum 7. März 2011

23.2.2011	Präsident Wiktor Janukowytsch entlässt den Leiter des Instituts für Nationales Gedenken, Walerij Soldatenko. Fünf Tage später wird diesem das Amt von der Regierung zurückgegeben.
24.2.2011	NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen kommt zu einem offiziellen Besuch nach Kiew und schlägt eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Ukraine vor. Insbesondere eine stärkere Einbeziehung der Ukraine in die Friedensmission in Afghanistan sei wünschenswert.
24.2.2011	Erstmals seit knapp zwei Jahren nimmt der Kiewer Bürgermeister Leonid Tschernowetzkyj wieder an einer Sitzung des Stadtrates teil und erklärt im Anschluss, seine Anwesenheit sei auch in Zukunft nicht nötig.
25.2.2011	Präsident Wiktor Janukowytsch ist seit einem Jahr im Amt. Laut Umfrage des Gorschenin-Instituts beurteilen 50,8 % der Bevölkerung die Arbeit Janukowytschs im ersten Amtsjahr negativ oder eher negativ. In einer Fernsehsendung beantwortet er vier Stunden lang teilweise vorbereitete Zuschauerfragen.
25.2.2011	Der ehemalige Stellvertretende Leiter der Staatsreserve und ehemalige Stellvertretende Wirtschaftsminister Mychajlo Poschywanow bittet in Österreich um politisches Asyl. In der Ukraine läuft gegen ihn ein Verfahren wegen Veruntreuung. Am 31.1.2011 war er zur Fahndung ausgeschrieben worden.
25.2.2011	Das Londoner Hohe Gericht entscheidet, die von Dmytro Firtasch eingereichte Klage gegen die in Kiew erscheinende Kyiv Post nicht anzunehmen. Er hatte der Zeitung einseitige Berichterstattung vorgeworfen, das Gericht aber sieht keinen Grund für eine Austragung des Streits in Großbritannien.
27.2.2011	Leonid Gratsch wird zum neuen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern gewählt. Am 11.12.2010 war er aus dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei ausgeschlossen und aus seinem Amt als Parteiführer auf der Krim entlassen worden.
2.3.2011	Nachdem die EU am 22.2.2011 Zahlungen an die Ukraine wegen einer Änderung des Gesetzes über Staatskäufe eingestellt hatte, einigen sich beide Seiten auf eine Neufassung des Gesetzes und auf eine Weiterführung der Zahlungen.
2.3.2011	Die Opposition sammelt im Parlament 107 Unterschriften für die Absetzung der Regierung Mykola Asarow.
2.3.2011	Parlamentspräsident Wolodymyr Lytwyn erklärt, dass derzeit an einem neuen Abstimmungssystem für das Parlament gearbeitet werde, durch das nur noch eine persönliche Stimmabgabe möglich sei. In den letzten Wochen war das häufige Abstimmen eines Parlamentariers für mehrere andere Abgeordnete in die Kritik geraten.
2.3.2011	Der Unternehmer Dmytro Firtasch erwirbt von Oleksandr Jaroslawskij den nach Produktionszahlen drittgrößten Hersteller von mineralischem Stickstoffdünger in der Ukraine und wird damit zum Monopolisten. Es ist das dritte Chemieunternehmen, das er in den letzten drei Monaten erworben hat.
2.3.2011	Außenminister Guido Westerwelle trifft zu einem zweitägigen Besuch in Kiew ein und erklärt, er sei mit der Entwicklung der Ukraine in Richtung Demokratie und Rechtsstaat zufrieden. Er sehe die Ukraine als Teil eines Vereinten Europa und begrüße einen Abschluss des EU-Assoziierungsabkommens im Jahr 2011.
4.3.2011	Präsident Wiktor Janukowytsch unterschreibt die Vergabe des nationalen Schewtschenko-Ordens an sechs Kulturschaffende. Der zunächst nominierte Schriftsteller Wasyl Schkljar erklärt, dass er die Prämie nur annehmen könne, wenn der »ukrainophobe« Dmytro Tabatschnyk nicht mehr Bildungsminister sei.
7.3.2011	US-Senator John McCain und der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei Wilfried Martens fordern die ukrainische Regierung auf, die Reisefreiheit der Vorsitzenden der Partei Vaterland, Julija Tymoschenko, nicht weiter einzuschränken. Am 24.3.2011 findet ein Kongress der EVP statt, zu dem sie eingeladen ist.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de](mailto:publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

## SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft  
**oa**



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

*Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: [www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)*

## Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

### Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

### Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

### Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)